

Policy Brief

02/11

Reprogramming the City – zehn Gestaltungsfelder der zukunftsfähigen Stadt

Deutschlands Städte sind weitgehend gebaut. In 50 Jahren werden sie kaum anders aussehen. Zukunftsfähig machen wir sie, indem wir das Bestehende besser nutzen. Für diese „Reprogrammierung“ unserer Städte identifiziert dieser Policy Brief zehn Gestaltungsfelder, jeweils mit konkreten Handlungsempfehlungen.

IN DEUTSCHLAND leben 74 Prozent der Bevölkerung in Städten. Es gibt mehr als 80 Städte mit über 100 000 Einwohnern. Der Trend der Verstädterung setzt sich weiter fort. Städte sind verdichtete Orte menschlichen Zusammenlebens. Oft schafft das soziale Brennpunkte. Mit ihrem enormen Energiekonsum gehören Städte zu den Hauptverursachern des Klimawandels. Globalisierung, Finanzkrisen und neue Sicherheitsbedrohungen durch Terrorismus sind in Städten besonders spürbar.

Gleichzeitig sind Städte Experimentierfelder für die Zukunft. In der Wissensgesellschaft ist die hohe Dichte an Menschen und Ideen Quelle für technologische, gesellschaftliche und politische Innovation. Neue Mobilitätskonzepte oder Technologien für intelligente und sparsame Energienutzung erproben sich in Städten. Integration übt sich besser in der Stadt als auf dem Land. Neue Formen von Beteiligung durch eine erstarkte Zivilgesellschaft sind in Städten zu beobachten. Städte sind Katalysatoren gesellschaftlicher Entwicklung.

Um den Aufgaben der Zukunft zu begegnen, braucht es die Innovationskraft der Städte. Die deutsche Stadt, so wie sie in Zukunft aussehen wird, ist heute aber bereits zu 90 Prozent gebaut – ganz anders als das beispielsweise in China der Fall ist. Wollen Bürger und Politik ihre Stadt zukunftsfähig machen, so braucht es daher eine intelligente „Reprogrammierung“ des Bestehenden: Gebäude und öffentliche Räume führen sie neuen Nutzungen zu. Mittels umweltfreundlicher

und effizienter Verkehrsangebote erschließen sie die Stadt schneller, sauberer und angenehmer. Als vernetzte und aktive Zivilgesellschaft sorgen sie für gutes Zusammenleben in der Stadt.

Basierend auf über 30 leitfadengestützten Interviews formuliert dieser Policy Brief zehn Gestaltungsfelder der zukunftsfähigen Stadt in Deutschland zusammen mit Handlungsempfehlungen an kommunale Entscheidungsträger.

I. Die gebaute Stadt neu und anders nutzen



Die gebauten Strukturen deutscher Städte – Straßen, Häuser, Wasserversorgung und Kanalisation – haben sich in den vergangenen 30 Jahren nur unwesentlich verändert. Die „Hardware“ ist vorhanden. Für die urbane Lebensqualität heute und in der Zukunft ist die „Software“ wichtiger, also wie und von wem die „Hardware“ genutzt wird – beispielsweise zum Wohnen oder Arbeiten, in der Freizeit, für die Fortbewegung oder als öffentlicher Treffpunkt.

**Straßen kann man umnutzen,
zum Beispiel indem man sie sperrt
oder die Breiten reduziert.
Das schafft mehr räumliche
Qualität.**

Margitta Buchert, Professorin für Architektur
und Kunst, Leibniz Universität Hannover

Andrea Augsten
Associate 2010/2011

Ellen Brouns
Associate 2010/2011

Ansgar Gessner
Associate 2010/2011

Tobias Leipprand
Fellow 2010/2011

Dr. Jan Minx
Associate 2010/2011

Christian Neuner-Duttenhofer
Associate 2010/2011

Oliver Seidel
Associate 2010/2011

Milo Tesselaar
Associate 2010/2011

Bürger und Verwaltung müssen die gebaute Stadt stetig ihren Bedürfnissen entsprechend umnutzen können. Aus alten Krankenhäusern, verlassenen Brauereien und Fabriken werden Wohnungen, Bürolofts und Flächen für den Einzelhandel, aus der Schule ein Altenheim, aus Banktresoren angesagte Klubs.

**Es braucht eine stabile
Stadtgesellschaft, die immer
wieder Wechselflächen generiert,
aus denen heraus
Neues entsteht.**

Reiner Nagel, Leiter der Abteilung Stadt- und Freiraumplanung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin

In New York City formierte sich 1999 die Bürgerbewegung „Friends for the Highline“, um den bereits genehmigten Abriss der alten Hochbahn im Westen Manhattans zu verhindern. Zusammen mit der Stadt New York wandelt sie die 2,3 Kilometer lange Trasse zu einem urbanen Park. Der zweite von drei Bauabschnitten wurde im Sommer 2011 eröffnet. Im dichten Manhattan ist die Highline wertvoller Grünraum, kultureller Treffpunkt, Zeugnis der lokalen Geschichte, und sie schafft eine neue fußläufige Verbindung ganzer Stadtteile.

**Diese Wandelbarkeit ist genau das,
was die Qualität der Stadt ausmacht.**

Christoph Chorherr, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter in Wien

Handlungsempfehlungen

- Stadtverwaltung und Quartiersmanagement ermöglichen und befördern Zwischennutzungen brachliegender Gebäude und Flächen durch Organisationen und Nutzergruppen im Stadtviertel. Sie richten dazu Anlaufstellen ein, die zwischen Eigentümern, Anwohnern und interessierten Nutzergruppen und der Stadt moderieren.

- Stadtentwicklung und Denkmalschutz stellen bei Umnutzungen und Sanierungen sicher, dass lokale Baukultur beachtet wird. Besonders Gebäude, die in engem Bezug zur Geschichte eines Kiezes stehen, gilt es zu erhalten und die Identität des Stadtviertels herauszuarbeiten.
- Für Neubauten sichern Bauvorschriften eine große Flexibilität der Nutzungen, beispielsweise durch Mindesthöhen der Räume. Wohnungen sind auch als Arztpraxen nutzbar, Einzelhandelsflächen auch als Wohn- und Arbeitsflächen. Eine Verschiebung oder der Wegfall von Innenwänden und der Austausch von Fassaden ist ohne große Eingriffe möglich.

II. Öffentlichen Raum ermöglichen



„Weiße Flecken“ sind das Tafelsilber der Stadt. Sie werden nicht zur Schuldentilgung oder für kurzfristige Investitionsvorhaben verkauft. Zusammen mit Plätzen, Parks und Straßen bilden sie das begrenzte Kapital an öffentlichem Raum einer Stadt. Dieses gilt es für jedermann zugänglich zu machen, gemeinsam mit den Nutzern sukzessive weiterzuentwickeln und zu differenzieren. Oft braucht es nicht mehr öffentlichen Raum, sondern hochwertigeren. Wie durch ein Kameraobjektiv stellt die Stadt „von grob auf scharf“. Sie wird lebenswerter und sozialer.

**Einen Teil sollte man
vorgeben. Man sollte aber auch Bereiche
haben, die man offen lässt.**

Margitta Buchert, Professorin für Architektur und Kunst, Leibniz Universität Hannover

Für Städte ergibt sich die Frage, wie sie mit Verkehrsräumen, Restflächen sowie minderwertig gestalteten öffentlichen Plätzen planerisch umgehen sollten. Schrumpfende Städte brauchen neue Nutzungskonzepte, am besten gemeinsam mit lokalen Initiativen entwickelt. Wachsende Städte hingegen müssen die wenigen Freiflächen be-

wahren. Oft unterschätzt ist die Option, diese zu belassen. Denn so entstehen wertvolle städtische Biotope, die Artenvielfalt und Natur in die sonst dichte Stadt zurückbringen.

Zu einer Kultur der Nachhaltigkeit gehört, dass Menschen sich kollektiv – nicht privat, sondern kollektiv – Räume aneignen können und sie entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen nutzen und mitgestalten. Das ist unmöglich in einer Stadt, in der jeder Quadratzentimeter durchgeplant ist.

Sabine Hofmeister, Professorin für
Umweltplanung, Leuphana Universität Lüneburg

Bei der Gestaltung öffentlichen Raums muss die Stadt auf Trends wie Individualisierung, zunehmende kulturelle und ethnische Vielfalt und demografischen Wandel eingehen. Straßen, Plätze und Parks entwickelt sie für die Bürger mit den Bürgern.

Wir müssen Räume designen, die Menschen jeder Generation sich aneignen können, die nicht sakrosankt oder unveränderbar sind.

Martin Kaltwasser, Konzeptkünstler

Der frühere Kopenhagener Industriehafen ist heute das „blaue Herz“ der Stadt mit Bademöglichkeiten, Skateparks, Grillplätzen – Natur und Erholung mitten in der Stadt. In Barcelona hat weitsichtige Stadtplanung vom gesamtstädtischen Leben abgehängt, sozial schwache Gegenden durch verknüpfende Abfolgen von Gärten, Spielplätzen und Promenaden wieder an die Stadt angebunden.

Handlungsempfehlungen

- Die Stadt schafft rechtliche Rahmenbedingungen, die selbst organisierte Nutzung öffentlicher Räume ermöglichen. Freiraumplanung zielt nicht

auf abgeschlossene Ergebnisse, sondern lässt Flexibilität für ständige Weiterentwicklung.

- In schrumpfenden Städten frei gewordene Flächen dienen zukünftig der urbanen Landwirtschaft oder in Form von Patenschaften der individuellen Nutzung durch Bürger.
- Dichte Städte kaufen unbebaute Flächen zurück, um sie als Brach- und Parkflächen zu halten. Dazu suchen sie die Unterstützung benachbarter Immobilienbesitzer, deren Gebäudewerte durch die Flächenaufwertung steigen. Nutzungskonzepte entwickeln sie gemeinsam mit lokalen Akteuren.
- Mit gezieltem Rückbau und Umnutzung wertet Stadtplanung den Straßenraum auf, der so an Qualität gewinnt und zum Aufenthaltsraum wird. Wo möglich, widmet sie Parkplätze zu Gemeinschaftsgärten um. Städtisches Leben wandert so wieder vor die Fassade. Innenstädte werden familienfreundlicher.

III. Gemeinsam mit Bürgern regieren und gestalten



Bürger sind besser informiert und dringen auf politische Teilhabe. Von politischen Entscheidungsprozessen fordern sie Transparenz, Möglichkeiten zur Beteiligung und flexibles Eingehen auf die Bürgerwünsche. Gerade in ihrer direkten Nachbarschaft bringen sie sich in politische Prozesse stark ein, fordern aber auch Teilhabe bei großen Infrastrukturprojekten. Das zeigten „Stuttgart 21“ oder die Proteste um die Testanlage zur CO₂-Speicherung in der Uckermark. Stadtregierung und Verwaltung stellt dies vor neue Herausforderungen.

Zu vielen Bebauungsplänen und Bauprojekten brauchen wir intensive Bürgerbeteiligung. Die Leute erwarten das: Ohne geht es nicht mehr.

Dieter Salomon, Oberbürgermeister von Freiburg i. Br.

Für die Aufgaben der Zukunft braucht die Stadt eine starke Zivilgesellschaft: Herausforderungen wie Klimawandel, demografischer Wandel oder Integration können nur durch Bürger und Stadtregierung gemeinsam erfolgreich angegangen werden. Dazu braucht es Möglichkeiten der Mitgestaltung.

Es geht darum, demokratiefähiges Sozialkapital zu vermehren. Menschen, Gruppen, Institutionen müssen wieder gemeinsam handlungsfähig werden, um ein Stück weit ihre Umwelt mitzugestalten.

Leo J. Penta, Direktor
des Deutschen Instituts für
Community Organizing

Eine erstarkte Bürgerschaft bietet große Chancen. Schon heute leisten zivilgesellschaftliche Organisationen unverzichtbare Beiträge zur funktionierenden Stadt. Ob traditionelle Vereine, Bürgerstiftungen, Umweltschutzorganisationen – zusammen bilden sie das Rückgrat einer Stadtgesellschaft.

Es kommt darauf an, jedem einzelnen Individuum die glaubhafte Perspektive zu eröffnen: Du kannst mitgestalten.

Hildegard Kurt, Autorin und Künstlerin

Positive Beispiele gibt es zuhauf. In der Hamburger Initiative „Komm in die Gänge“ bemühen sich künstlerisch, sozial und politisch Aktive um Erhalt und kulturelle Aufwertung des historischen Gängeviertels. 2010 überreichte die Initiative der Stadt ein neues Nutzungskonzept für das ehemals vom Abriss bedrohte Viertel. Die brasilianische Stadt Recife bindet über Bürgerhaushalte Bürger in Aufgabenentscheidungen zu Schul- und Stadtent-

wicklung ein. Dafür erhielt die Stadt 2011 den „Reinhard Mohn Preis“. In Deutschland gibt es Bürgerhaushalte in Freiburg, Leipzig, Köln und vielen weiteren Städten.

Handlungsempfehlungen

- Über neue Formen der Bürgerbeteiligung (auch online-basiert) bieten Regierung und Verwaltung echte Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere bei neuen Bau- und Stadtentwicklungsprojekten.
- Die Stadt fördert Engagement und sucht die Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dabei begreift sie die Engagementlandschaft nie als Ersatz für städtisches Handeln. Engagement ist immer freiwillig und selbstmotiviert.
- Stadtregierung und -verwaltung arbeiten und kommunizieren transparent. Informationen sind über Verwaltungsportale im Internet zugänglich, sodass Entscheidungsprozesse leicht nachvollzogen werden können.
- Von anderen Städten im In- und Ausland lernt die Stadt über „Best Practice“-Beispiele der Bürgerbeteiligung. Behörden verstehen sich als lernende Organisationen, die sich stetig verbessern.

IV. Integration und soziale Durchmischung fördern



Die Stadt der Zukunft steht vor großen sozialen Herausforderungen. Der demografische Wandel, die Pluralisierung von Lebensstilen und Kulturen und die wachsende soziale Ungleichheit verändern die Stadtgesellschaft von Grund auf. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung schrumpft in Deutschland die Mittelschicht seit den 1990er-Jahren, während die Spitzeneinkommen steigen. In der Stadt führt dies zu Gentrifizierung, also einer Verdrängung Geringverdienender

aus den attraktiven zentrumsnahen Stadtteilen. Der Zusammenhalt der Stadtgesellschaft droht zu zerfallen.

Wir brauchen soziale und kulturelle Durchmischung. Was aber nicht heißt, dass immer alles total durchmischt sein muss. Es können sich auch Cluster bilden – die sollten aber porös sein und sich miteinander austauschen, eine offene Struktur bilden.

Matthias Böttger,
Architekt und Stadtforscher

Zahlreiche Forschungen belegen, dass wachsende Ungleichheit zu Lasten aller geht: Auch Reiche verlieren an Lebensqualität, wenn sie ihre Villa mit Stacheldraht umzäunen müssen. Als in Paris 2005 die Vorstädte brannten, blieb Marseille trotz der höchsten Migrantendichte Frankreichs verschont. Einkommensunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie sind hier geringer, soziale Durchmischung höher und die Netzwerke belastbarer, das zeigen Untersuchungen der US-amerikanischen Brookings Institution von 2005.

Der Stadt muss der soziale Ausgleich und der soziale Zusammenhalt gelingen. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen.

Uwe Bodemann,
Stadtbaurat von Hannover

Geringere Einkommensunterschiede und Diversität hingegen korrelieren direkt mit gesteigerter Gesundheit, höherer Lebenserwartung und besserer Bildung aller Schichten sowie niedriger Kriminalität. In der durchmischten Stadt kommt es zu

mehr sozialer Interaktion, was wiederum Voraussetzung für eine rege Bürgerbeteiligung ist.

Also wie bekomme ich ein soziales Gefüge zusammen, in dem jeder auf den anderen achtet? Denn in diesem Gefüge leben Menschen länger und nachhaltiger und fühlen sich besser.

Anke Bernotat, Professorin für Industrial Design | Konzeption und Entwurf, Folkwang Universität der Künste, Essen

Handlungsempfehlungen

- Staatlich geförderter Wohnungsbau sichert soziale Integration in allen Stadtvierteln: Auch im Villenviertel gibt es Sozialwohnungen.
- Stadtplanung schafft öffentliche Begegnungsräume und wertet bestehende auf, besonders in benachteiligten Vierteln. Dazu gehören Angebote an einladenden öffentlichen Treffpunkten, Sport-, Bildungs- und Kultureinrichtungen.
- Förderung kultureller Einrichtungen beschränkt sich nicht auf die wohlhabenden Stadtteile, sondern verteilt sich dezentral über alle Stadtviertel. Benachteiligte Viertel haben Investitionspriorität.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen, die über Schichten und Ethnien hinweg Brücken bauen, verdienen besondere Förderung.
- Vom Bund fordert die Stadt eine Sozialpolitik, die wachsende Einkommensunterschiede nivelliert.

V. Neue Arbeitsmodelle erproben



Die Transformation des Arbeitsmarktes schreitet im 21. Jahrhundert weiter voran – in der Stadt schneller als auf dem Land. Neue, meist befristete Erwerbsformen von Freiberuflichkeit, über virtuelle Arbeitsplätze bis hin zu Minijobs nehmen zu. Bereits zur Jahrtausendwende, so eine Erhebung des Instituts für Sozialforschung und Sozialwirtschaft, betrug der

Anteil der klassischen Arbeitsform (35-oder-mehr-Stunden-Woche in fester Anstellung, keine regelmäßige Wochenendarbeit) in Deutschland nur noch 15 Prozent – Tendenz fallend.

Die Trennung zwischen Arbeit und Leben ist in der Auflösung begriffen, das ist eine Osmose im besten Fall. Darauf muss Stadt natürlich reagieren.

Lutz Engelke, Geschäftsführender
Gesellschafter Triad Berlin

Gleichzeitig lässt sich nach den 1990er-Jahren des wirtschaftlichen Booms und den Krisen der 2000er-Jahre ein Bedürfnis nach Erfüllung jenseits materieller Werte feststellen. Die Ansprüche an den Arbeitsplatz steigen. Persönliche Entwicklungsmöglichkeiten, Freiräume und Lebensqualität sind ein Muss. Der anstehende Eintritt der „Digital Natives“ in den Arbeitsmarkt, also derjenigen, die mit Internet, virtuellen Teams und Digitalisierung aufgewachsen sind, verstärkt europaweit diesen Trend, wie eine im Auftrag von Xerox im Jahr 2006 erstellte Studie zeigt.

Es gibt ein Bedürfnis nach Entschleunigung.

Andreas Ernst, Professor für
Umweltsystemanalyse, Universität Kassel

Im Berliner Betahaus arbeiten seit 2009 rund 120 Freiberufler. Arbeitsplatz und Meetingräume können flexibel gemietet und genutzt werden. Die Grundidee: Wertschöpfung findet heute an unterschiedlichen Orten statt, zu unterschiedlichen Zeiten und in wechselnden Teamkonstellationen. Ein Café dient der Nutzercommunity als Treffpunkt, um neue Ideen zu entwickeln und Projektpartner zu finden. Das erfolgreiche Konzept gibt es mittlerweile auch in Hamburg und Köln.

Berufsgruppen konzentrieren sich in bestimmten Städten in Hubs: weil sie es dort spannend finden; weil sie eine bestimmte kulturelle Dichte haben wollen; weil sie die Firma wechseln und Allianzen schmieden können, wenn viele Kollegen dort auch leben; weil sie so leben wollen und weil Stadt attraktiv ist.

Matthias Böttger,
Architekt und Stadtforscher

Für Städte sind die Entwicklungen Chance und Herausforderung zugleich. Neue Lebens- und Arbeitsmodelle befördern Vitalität und Kreativität in einer Stadt. Sie öffnen Raum für zivilgesellschaftliches Engagement. Andererseits sind flexible Erwerbsbiografien nicht ausreichend über die derzeitigen Sozialsysteme abgesichert, und mehr und mehr Menschen drohen durch das soziale Sicherungsnetz zu fallen.

Handlungsempfehlungen

- Vom Bund fordert die Stadt innovative Sozialsysteme, die flexible Erwerbsbiografien absichern. Statt Arbeitslosigkeit versichern wir Menschen und ihre Lebensmodelle: abwechselnde Phasen von Arbeit, Arbeitslosigkeit, Selbstständigkeit, (Weiter-)Bildung und Familie.
- Gemeinsam mit ansässigen Wirtschaftsunternehmen entwickelt die Stadt Prototypen flexibler, aber abgesicherter Arbeitsplätze.
- Sie unterstützt flexible Arbeitsräume für die Kreativszene.
- Die Stadt der Zukunft kommt dem Bedürfnis ihrer Bewohner nach Entschleunigung jenseits des Berufs entgegen. Sie weist Kapitalismus in Schranken: Hoch qualitativer Stadtraum ist kein Ort für große Shoppingmalls, große Werbeflächen, Informationsüberflutung.

VI. Den Nahraum stärken



Anders als im dörflichen Leben herrscht in der Stadt Anonymität. In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung wächst unter Städtern das Bedürfnis nach Verortung und Zugehörigkeit. In einer Umfrage der Hamburger Sozialbehörde stuften 88 Prozent der befragten Hamburger den Begriff „Heimat“ als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ ein. Der Nahraum als Quelle von Heimat, Identität und Nachbarschaftlichkeit mit funktionierenden sozialen und wirtschaftlichen Netzwerken gewinnt an Bedeutung.

Die größte Herausforderung in Städten ist der Verlust echter Gemeinschaften, der zu einer nachhaltigen Isolation führt, wie wir das gerade in asiatischen Städten feststellen können. Er kann nicht von virtuellen Netzwerken aufgefangen werden.

Wolfgang Müller-Pietralla,
Leiter Zukunftsforschung, Volkswagen AG

Aufgaben vor Ort können am besten von der Kiezgemeinschaft gelöst werden. Durch die Arbeit engagierter Bürger, Religionsgemeinschaften, ansässiger Firmen und Geschäfte sowie von Vereinen entsteht wertvolles Sozialkapital für den Kiez und damit die Stadt. Bremen ist hier Vorreiter: Über 18 Stadtteilregierungen (Beiräte) delegiert die Stadt Verantwortung an die gewählten Vertreter vor Ort.

Die Kür ist, dass wir zu durchmischten Städten kommen, weg von Monostrukturen. Zu Städten, die es erlauben, in einem Quartier Kinder zu erziehen, beruflichen Wünschen nachzukommen, aber auch Freizeit zu verbringen.

Stefan Behnisch, Architekt

Ein funktionierender Nahraum erhöht auch anderweitig die Lebensqualität der Kiezbewohner. So entlastet er beispielsweise die Verkehrsadern der Stadt und senkt Lärm und Schadstoffe. Wer in seinem Nahraum lebt, arbeitet und sich auch dort erholt, ist weniger unterwegs. Auch der demografische Wandel gebietet einen funktionierenden Nahraum, da sich der Mobilitätsradius der Bevölkerung verkleinern wird. Alte Menschen sind noch stärker auf eine funktionierende Infrastruktur – Erholung, Einkaufen, Begegnung, Kultur – in nächster Nähe angewiesen.

Architektur ist dann sinnvoll, wenn sie die Bedürfnisse des Menschen nach einem Ort der Begegnung, des Verweilens befriedigt.

Wolfgang Nowak,
Geschäftsführer der Alfred Herrhausen Gesellschaft

Handlungsempfehlungen

- Stadtplanung fördert multifunktionale Stadtviertel mit Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit. Die maximal 10 000 Einwohner großen Viertel sind fußläufig erschließbar. Untereinander sind diese Kieze durch einen dichten und effizienten öffentlichen Nahverkehr vernetzt.
- Kommunale Wirtschafts- und Industriepolitik holt Arbeitsplätze zurück in die Stadt. Das vermeidet Pendlerverkehr und gibt den Menschen mehr Freizeit.
- Wo möglich, delegiert die Verwaltung Verantwortung an die Bürger vor Ort – über Stadtteilparlamente oder Bürgerplattformen.
- Die Stadt fördert eine kiezbezogene Zivilgesellschaft, um die Identifikation mit dem Viertel und Teilhabe zu erhöhen. Dazu schafft sie geschützte Freiräume – Parks, Plätze, kulturelle Treffpunkte und Bürgerhäuser für das dörflich-urbane Leben im Stadtviertel.
- Stadtentwicklung und Denkmalschutz achten auf Geschichte und Einzigartigkeit einzelner

Kieze. Diese werden unverwechselbar, bieten Heimat, was wiederum zu erhöhter Engagementbereitschaft führt.

VII. Vernetzt mobil sein



Europäische Städte sind kompakt. Flächen sind knapp. Erschließt man sie vornehmlich über Autoverkehr, führt das zu verstopften Straßen, Lärm, schlechter Luft und mangelndem Parkraum. Laut Socialdata wird ein Pkw in Nürnberg am Tag ganze 32 Minuten genutzt (2010). Für die zukunftsfähige deutsche Stadt gilt daher: Menschen steigen auf saubere Verkehrsträger um; sie sind zunehmend mobil, ohne selbst Fortbewegungsmittel zu besitzen.

Eine Stadt rund um das Auto gebaut kann unmöglich eine nachhaltige Stadt werden – selbst wenn irgendwann einmal, in zehn, zwanzig, dreißig Jahren der Verbrennungsmotor durch den Elektromotor abgelöst wird.

Christoph Chorherr, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter in Wien

Intermodale Mobilitätsangebote bestimmen zukünftig die individuelle Fortbewegung: einfaches Umsteigen zwischen Bus, E-Bike, Mietwagen und Bahn. So wird umweltfreundliche Fortbewegung Stadtbewohnern und -besuchern leicht gemacht. Ansätze gibt es beispielsweise in London mit der „Oyster Card“: Mit einer Chipkarte kann man Bus und U-Bahn unkompliziert nutzen – das System berechnet rückwirkend den günstigsten Tarif.

Der Trend geht zu intermodalen Verkehrsmitteln, die man benutzen kann, ohne etwas selbst besitzen zu müssen.

Andrej Heinke,
Senior Expert Strategic Communications und Autor des Bosch
Megatrend Reports, Robert Bosch GmbH

Mobilitätsplanung setzt dabei nicht nur auf neue umweltfreundliche Technologien, sondern berücksichtigt auch Raumnutzungs- und Lebensstilaspekte. Sie reduziert das Verkehrsaufkommen, beispielsweise durch quartiersbezogene Stadtentwicklung und neue Restriktionen für den Autoverkehr. Nicht mehr benötigte Verkehrsflächen wie Straßen oder Parkplätze werden durch Rückbau zu hochwertigem öffentlichen Raum. Das steigert die Lebensqualität der Bewohner. Innenstädte werden kinderfreundlicher.

Das Idealbild der europäischen kompakten Stadt der kurzen Wege: wo Arbeiten und Wohnen ideal verbunden sind, wo ein guter öffentlicher Nahverkehr das Rückgrat der Stadtentwicklung ist, wo man eine Nahversorgung an Bedarfen des täglichen Lebens hat, dass in einer älter werdenden Gesellschaft die Leute nicht auf das Auto angewiesen sind.

Dieter Salomon,
Oberbürgermeister von Freiburg i. Br.

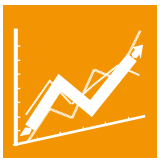
Handlungsempfehlungen

- Die Stadtregierung investiert in ein hoch qualitatives, engmaschiges und integriertes öffentliches Nahverkehrssystem. In den Stadtvierteln haben Fußgänger, Fahrradfahrer und Mikromobilität (E-Roller, Segways etc.) Vorrang.
- Kleine Städte fokussieren sich vornehmlich auf den Ausbau von Fuß- und Radwegenetzen. Anders als in Großstädten birgt dies hier das größte Potenzial, um den Autoverkehr zu reduzieren, so Forschung der TU Berlin.
- Verkehrspolitik setzt starke Anreize für den Umstieg: durch Rückbau von Parkraum, Ausbau von Fuß- und Radwegenetzen, Citymaut, Umweltzonen oder durch Freigabe von Busspuren und Parkplätzen für Elektroautos.

- Die Stadtverwaltung genehmigt neues Bauland nur dort, wo öffentlicher Nahverkehr das Viertel erschließt.
- Open Data = Open Innovation: Verkehrsdaten werden offen, maschinenlesbar und ohne weitere Kosten der Netzcommunity zur Verfügung gestellt. So können intelligente Anwendungen für Smartphones und Internet entstehen.
- Vernetzte und intelligente Logistik: Güter werden an Knotenpunkte der Stadt geliefert. Dort werden sie so umverteilt, dass ein Lastwagen beispielsweise eine ganze Einkaufsstraße bedienen kann. Das spart Lkw-Stadtfahrten.
- Forschungseinrichtungen und Stadtverwaltung erproben neue Mobilitätskonzepte und -technologien in gemeinsamen Pilotprojekten.

Siehe auch Policy Brief 01/11 „Smarte Mobilität in Berlin – zehn Wege zu schnellen, bequemen und umweltfreundlichen Verkehrslösungen“.

VIII. Innovative Wirtschaft ansiedeln



Zukunftsfähige Städte erheben das Lernen zum Prinzip: Ansiedlungspolitik und Inkubatoren bringen Forschung mit Produktion und Kapital zusammen und setzen Entwicklungsimpulse. Mit solchen „Brutkästen“ erhalten Forscher, Experten und Kreative Raum und Förderung. Unternehmen profitieren von den Anreizen, lokalem Know-how und örtlichen Kooperationen.

Stadt muss innovative Branchen anziehen: Green Hightech, nachhaltige Biotechnologie, kreative Medien. Sie muss sich als Wissenszentrum präsentieren.

Wolfgang Teubner,
Generaldirektor
ICLEI Europe

Die belgische Region Flandern hat die Agentur für Innovation durch Wissenschaft und Technologie (IWT) gegründet, die mit konkreten Beratungs-, Finanzierungs-, und Kooperationsangeboten Innovation und Forschung begünstigen soll. Von steuerlichen Anreizen flankiert, konnte die Region in Sachen Ansiedlung, Wachstum und Wohlstand Erfolge verzeichnen. Die gesammelten Erfahrungen bringt die IWT wieder in die Politik ein. Politik lernt, was funktioniert, was nicht, und vor allem, was sie besser machen kann.

Der Industriebegriff hat sich geändert. Von rauchenden Schloten zu grünen Technologien.

Reiner Nagel, Leiter der Abteilung
Stadt- und Freiraumplanung der
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Auch Berlin und Brandenburg haben mit dem Masterplan „Gesundheitsregion Berlin – Brandenburg“ von 2007 eine Bündelung der (Förder-) Maßnahmen und eine Vernetzung der Akteure bewirkt. Hiermit erkennt die Metropolregion vorhandene Potenziale und setzt gezielt auf einen Ausbau der Gesundheitswirtschaft am Standort.

Die Stadt kann auch zum Motor für die technologische Revolution werden – sie kann es sehr viel besser als das Land. Die technologische Revolution benötigen wir unbedingt, um die ökologische Nachhaltigkeit hinzukriegen.

Ernst Ulrich von Weizsäcker,
Politiker, Zukunftsforscher und
Umweltwissenschaftler

Handlungsempfehlungen

- Zukunftsfähige urbane Industriepolitik zieht stadtaffine Industrien zurück in die Stadt und schafft so Arbeitsplätze vor Ort. Dazu gehören

beispielsweise Cleantech- und Biotech-Firmen oder Unternehmen im Pharma- und Gesundheitsbereich.

- Die Stadtregierung verfolgt zudem die Ansiedlung von Unternehmen der Internet- und Kreativwirtschaft.
- Verwaltung und kommunale Regierung organisieren wirtschaftliche Entwicklung nicht in verschlossenen Räumen, sondern partizipativ und sektorübergreifend – gemeinsam mit Experten, Öffentlichkeit und der Wirtschaft.
- Mit regionalen Unternehmen und Forschungseinrichtungen identifizieren sie die ureigenen Stärken der Stadt und betreiben entsprechende Innovationspolitik.

IX. Stadt und Umland zusammendenken



Jenseits der Stadtgrenze hört die urbane Region nicht auf, jedoch aber Gestaltungs- und Steuerungskompetenzen der Stadt. Die zukunftsfähige Stadt begreift und regiert sich daher als Metropolregion.

Sie muss sich mit verschiedenen Ebenen (Stadtviertel, Kommune, Region, Bundesland, Bund) verzahnen. Mit relevanten umliegenden Gebietskörperschaften koordiniert sie sich. Nur so kann eine sinnvolle regionale Entwicklung sichergestellt werden, die eine Zersiedelung verhindert und eine funktionierende Regionalwirtschaft befördert.

Berlin und sein Umland haben gleiche Strukturen. Die Politik muss sich danach ausrichten – über Stadtgrenzen hinweg.

Christian Wiesenhütter, Stellv. Hauptgeschäftsführer IHK Berlin und Geschäftsführer urbanicom e.V.

Die Region Hannover ist hier vorbildlich: Seit 2001 bündelt sie Verwaltungsaufgaben von Hannover und 20 umliegenden Städten und Gemeinden. Dazu gehören Leistungen der Daseinsvor-

sorge ebenso wie ein integrierter Personenverkehr. Die Region hat eine eigene Verwaltung und einen eigenen Präsidenten. Auch das bereits genannte Flandern ist ein gutes Beispiel für regionale Zusammenarbeit.

Es besteht die Gefahr, dass der Bund sich aus der Mitverantwortung für die Kommunen zurückzieht.

Uwe Bodemann,
Stadtbaurat von Hannover

Ob Finanz- oder Klimapolitik: Die Stadt ist maßgeblich von Entscheidungen auf anderen Ebenen abhängig. Die Stadtregierung sollte gezielt Einfluss auf andere Politikebenen ausüben und sich interessenbasiert national und international vernetzen. In Zeiten wachsender Aufgaben der Kommunen bei zunehmend prekärer Finanzlage artikuliert die Stadt ihre Bedürfnisse auf nationaler und europäischer Ebene stärker. Dazu sucht sie die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und Städten, beispielsweise über die kommunalen Spitzenverbände.

Handlungsempfehlungen

- Leitlinien für die Metropolentwicklung setzt die Stadt gemeinsam mit umliegenden Gemeinden und Kreisen.
- Regional integrierte Planung verhindert Zersiedelung und deren negative Umweltfolgen. Auch Grün- und Freiraumplanung ist integriert.
- Gemeinsame Wirtschaftspolitik fördert regionale Kreisläufe, beispielsweise durch Landwirtschaft in unmittelbarer Stadtnähe.
- Stadt und Umlandgemeinden siedeln gezielt sich ergänzende Industrien und Forschungseinrichtungen an und fördern eine regionale Clusterbildung.
- Die Region vertritt gegenüber Landes- und Bundespolitik geschlossen ihre Interessen, beispielsweise durch einen Regionenpräsidenten.

- Vom Bund fordert die Stadt gesetzliche Rahmenbedingungen und finanzielle Mittel zur Lösung lokaler Herausforderungen. Dazu nutzt sie bestehende Plattformen wie den Deutschen Städtetag.

Die amerikanische Mentalität der Kommunen ist ganz anders. Beispiel: Der Staat weigert sich dort, „Kyoto“ zu unterschreiben, aber es gibt schon 500 Städte, die „Kyoto“ unterschrieben haben. In Deutschland warten wir meist, bis es der Kaiser entscheidet.

Matthias Schuler,
Geschäftsführer von Transsolar;
Professor für Umwelttechnologien, Harvard University

X. Ressourcen fördern statt verbrauchen



Städte sind Verbraucher. Einen Großteil ihrer benötigten Ressourcen bezieht die Stadt von außen. In Zeiten globalisierter Handelsströme ist die gesamte Welt das Hinterland der Stadt. Somit ist auch der ökologische Fußabdruck von globaler Natur: Städtisches Wirtschaften führt zu Umwelt- und Ressourcenverbrauch auf der ganzen Welt. Schätzungen des International Institute for Environment and Development zufolge (1995) braucht London das 120-fache seiner Stadtfläche, um sich mit Rohstoffen zu versorgen und seine Abfälle zu entsorgen.

Das Kernthema bei der Frage „Zukunftsfähigkeit der Stadt“ ist die Frage der Effizienz.

Christian Friege, Vorstandsvorsitzender Lichtblick AG

Dieser Umweltverbrauch ist nicht nachhaltig. Durch sparsamen Umgang mit Ressourcen kann die Stadt den Umweltverbrauch vor Ort und in ihrem globalen Hinterland stark reduzieren.

Effiziente Verkehrssysteme und Gebäude können den Energieverbrauch drastisch senken. Gleichzeitig kann die Stadt über dezentrale Stromgewinnung mittels Solarfassaden oder Blockheizkraftwerken einen Teil ihres Energiebedarfs selbst decken. Durch eine nachhaltige Industriepolitik können Städte die Effizienzrevolution weiter beschleunigen.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten in der Stadt, mit sehr viel effizienterem Ressourceneinsatz gleichen Service zu erreichen. Vor allem im Gebäudebestand, im Verkehrssystem und im Wassersystem.

Helga Weisz, Forschungsgruppenleiterin,
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Mit steigender globaler Ressourcenknappheit wird gleichzeitig Recycling von Rohstoffen unabdingbar. Berechnungen aus den USA besagen, dass durch vollständiges Recycling in Infrastrukturen gebundener Materialien der Neuaabbau von Rohstoffen vermieden werden kann. Städte werden von reinen Ressourcenverbrauchern zu den Rohstofflagern der Zukunft.

In der Zukunft werden wir Rohstoffe nur noch zeitlich begrenzt nutzen. Jedes Produkt und jedes Haus muss also als Rohstoffbank angelegt sein. Wir speichern sozusagen den Rohstoff für eine bestimmte Zeit innerhalb eines Produktes. Am Ende des Produktlebenszyklus können alle Rohstoffe in unverminderter Qualität wiederverwendet werden.

Thomas Rau, Architekt

Daraus ergeben sich wirtschaftliche Chancen. Deutsche Städte haben sowohl die notwendigen Institutionen, Technologien als auch die politische

Innovationskraft, sparsamer zu wirtschaften, ihre Rohstoffe auf dem Weltmarkt zur Verfügung zu stellen und zukunftsfähige Industrieentwicklung zu betreiben. Rasches politisches Handeln kann dabei mit einem „Early Mover Advantage“ belohnt werden.

Reprogrammierung der Stadt zu entwickeln – hin zu mehr Zukunftsfähigkeit. Kommunalen Akteuren bieten die hier ausgeführten zehn Gestaltungsfelder mit den jeweiligen Handlungsempfehlungen dazu Ansätze.

Handlungsempfehlungen

- Neue Umweltkennzahlen messen auch Ressourcenverbrauch und Emissionen im globalen Hinterland der Städte.
- Städte setzen sich ambitionierte kurz- und langfristige Klima- und Ressourceneffizienzziele und erarbeiten einen Maßnahmenkatalog für die Umsetzung. Kernbereiche sind der Gebäudestand, das Verkehrssystem, das Wassersystem und die Abfallwirtschaft.
- Städte fördern regenerative Energieerzeugung und den Bau von umweltfreundlicher Nah- bzw. Fernwärmeversorgung.
- Städtische Infrastrukturen werden so geplant und gebaut, dass sie in der Zukunft leicht und möglichst vollständig recycelt werden können. Baugesetzgebung fordert von Neubauten eine abbau- und recyclingfähig Bauweise.
- Mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen treiben Städte die Entwicklung von Ressourceneffizienz und Recyclingtechnologien voran.

Schlussbemerkung

Um Deutschlands Städte ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig zu machen, bedarf es mehr als inkrementeller Veränderungen in einzelnen Bereichen. Die gebaute Stadt an sich muss neu gedacht werden. Das zeigt die Empirie der über 30 geführten Experteninterviews. Es gilt, über Disziplin-, Sektor- und Verwaltungsgrenzen hinweg integrierte Optionen und Lösungen für eine

Methode und Interviewpartner

Die Ergebnisse dieses Policy Briefs basieren neben Fachliteratur vornehmlich auf über 30 leitfadengestützten Interviews mit nationalen und internationalen Experten aus den Bereichen Politik, Stadtforschung, Stadtplanung und Architektur, Wirtschaft, Technologie, Mobilität, Umwelt, Design, Kunst und Kultur. Alle Interviews wurden aufgezeichnet, transkribiert und nach dem Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Dazu wurde das Textmaterial zergliedert und unter Hinzuziehung theoriegeleiteter Fragen interpretiert.

Stefan Behnisch
Partner Behnisch Architekten

Prof. Anke Bernotat
Professorin für Industrial Design | Konzeption und Entwurf, Folkwang Universität der Künste, Essen

Uwe Bodemann
Stadtbaurat, Landeshauptstadt Hannover

Matthias Böttger
Architekt, Stadtforscher und Kurator; Geschäftsführer Raumtaktik – Office from a Better Future

Davide Brocchi
Freier Dozent, Publizist und sozialwissenschaftlicher Forscher

Prof. Dr. Margitta Buchert
Professorin für Architektur und Kunst des 20./21. Jahrhunderts, Leibniz Universität Hannover

Christoph Chorherr
Gemeinderat und Landtagsabgeordneter in Wien

Dr. Felix Creutzig
Forschungskordinator am Lehrstuhl für die Ökonomie des Klimawandels, Technische Universität Berlin

Dr. Daniel Dahm
Geograf, Ökologe, Aktivist, Berater, Unternehmer

Prof. Lutz Engelke
Geschäftsführender Gesellschafter Triad Berlin Projektgesellschaft mbH

Prof. Dr. Andreas Ernst
Professor für Umweltsystemanalyse und Geschäftsführender Direktor Center for Environmental Systems Research der Universität Kassel

Christian Friege
Vorstandsvorsitzender Lichtblick AG

Dr. Volker Hassemer
Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin; Senator a. D. für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Berlin

Dr. Andrej Heinke
Senior Expert Strategic Communications und Autor des Bosch Megatrend Reports, Robert Bosch GmbH

Prof. Dr. Sabine Hofmeister
Professorin für Umweltplanung, Leuphana Universität Lüneburg

Martin Kaltwasser
Konzeptkünstler

Elke Krasny
Kulturtheoretikerin, Kuratorin und Stadtforscherin; Lehrbeauftragte, Akademie der bildenden Künste Wien

Dr. Hildegard Kurt
Autorin, Künstlerin, Gründerin und Büroleiterin und. Institut für Kunst, Kultur und Zukunftsfähigkeit e.V.

Wolfgang Müller-Pietralla
Leiter Zukunftsforschung und Trendtransfer, Volkswagen AG

Reiner Nagel
Leiter der Abteilung I – Stadt- und Freiraumplanung
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Wolfgang Nowak
Geschäftsführer Alfred Herrhausen Gesellschaft

Prof. Dr. Leo J. Penta
Direktor Deutsches Institut für Community Organizing (DICO)

Thomas Rau
Architekt, RAU Architekten Amsterdam

Dr. Dieter Salomon
Oberbürgermeister Freiburg im Breisgau

Prof. Matthias Schuler
Außerordentlicher Professor für Umwelttechnologien, Harvard University;
Geschäftsführender Gesellschafter Transsolar Energietechnik GmbH

Fabian Tacke
Vorstand KlimaGut Immobilien AG

Wolfgang Teubner
Generaldirektor Europasekretariat ICLEI – Local Governments for Sustainability

Prof. Ulrich Weinberg
Leiter der School of Design Thinking, Hasso-Plattner-Institut in Potsdam

Dr. Helga Weisz
Leiterin des Forschungsbereichs Klimawirkung und Vulnerabilität, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Politiker, Zukunftsforscher und Umweltwissenschaftler

Christian Wiesenhütter
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer IHK Berlin; Geschäftsführer urbanicom e.V.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten der *stiftung neue verantwortung* ist
auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher
Genehmigung gestattet.

Der Policy Brief gibt ausschließlich die persönliche
Auffassung der Autoren wieder und entspricht
nicht notwendigerweise der Meinung der *stiftung
neue verantwortung*.

© stiftung neue verantwortung, 2011

stiftung neue verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin
T. +49 30 81 45 03 78 80
F. +49 30 81 45 03 78 97
www.stiftung-nv.de
info@stiftung-nv.de

Konzept und Gestaltung:
Prof. Dr. h. c. Erik Spiekermann
Edenspiekermann AG

Layout:
enoto Medienbüro Berlin www.enoto.net

Icons:
Andrea Augsten www.andreaaugsten.de

Skyline:
Oliver Seidel www.cityfoerster.de

Kostenloser Download:
www.stiftung-nv.de

Über uns

Die *stiftung neue verantwortung* fördert das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang den wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung junge Experten und Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die in zeitlich befristeten Forschungsprojekten neue Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese durch Publikationen und auf Veranstaltungen in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Arbeitsweise

Die stetig komplexer werdenden Anforderungen einer Multi-Stakeholder-Gesellschaft verlangen ein die Grenzen von Disziplinen und Sektoren überwindendes Denken und Handeln. Das Zusammenführen von Experten und Vordenkern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schafft das Fundament für eine bestmögliche Analyse und Lösung schwieriger Zukunftsfragen. In unseren Projektteams treffen kontroverse Denkstile, Fragestellungen und Betrachtungsweisen aufeinander. Über trennende Fächer- und Organisationsgrenzen hinweg erschließen sich die Projektteams strategisches Fach- und Führungswissen und erarbeiten konstruktive Lösungen. Jedes Projektteam wird von einem Fellow geleitet, der mit Associates zusammenarbeitet. Die Zusammenstellung jedes Teams hängt von der für eine erfolgreiche Projektarbeit relevanten Themen-, Praxis- oder Prozessexpertise seiner Mitglieder ab.

Weitere Informationen unter: www.stiftung-nv.de